

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1928

67 (19.3.1928)

Volkstreu

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 9 gepulverte Millimeterzeile kostet 10 Pfennig, für auswärts 12 Pfennig. Belegblätter und Nachdrucke 6 Pfennig. Die 12-spaltige Millimeterzeile kostet 10 Pfennig, für auswärts 12 Pfennig. Belegblätter und Nachdrucke 6 Pfennig. Die 12-spaltige Millimeterzeile kostet 10 Pfennig, für auswärts 12 Pfennig. Belegblätter und Nachdrucke 6 Pfennig.

Beilagen: Illustrierte Wochen-Beilage „Volk und Zeit“ Die Musikstunde / Sport und Spiel / Heimat und Wandern Sozialistisches Jungvolk / Frauenfragen — Frauenclub

Bezugspreis monatlich 2,30 Mark o. Ober Jährlich 24 Mark o. Durch die Post 2,40 Mark o. Einzelhefte 10 Pfennig o. Erscheint 6 mal wöchentlich perinittags 11 Uhr o. Postfachstelle 2555 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe i. B., Wehlstraße 28 o. Fernruf 7020 und 7021 o. Volksfreund-Verlag: Durlach, Wehlstraße 22; Baden-Baden, Friedrichstraße 20; Rastatt, Friedrichstraße; Offenburg, Langstraße 28

Nummer 67 Karlsruhe - Montag, den 19. März 1928 48. Jahrgang

Sozialpolitische Vorlagen

Sozialrenten- und Krisenfürsorgefragen

Berlin, 17. März. (Eig. Drab.)

Der Reichstag beschäftigt sich am Samstag mit dem sozialpolitischen Teil des Notprogramms und zwar der zweiten Beratung des Entwurfs über Leistungen in der Invaliden- und Altersversicherung. Der Bürgerblock hat dieses Gesetz in der Gesamtsache abgelehnt, und seine Annahme später durch ein Verbot zu erzwingen. Mit dieser Maßnahme will man die Revision der sozialpolitischen Vorlage mit dem Mantelgesetz für am Samstag beschließen.

Invaliden- und Angehörigenversicherung

Der Reichstag beschäftigt sich am Samstag mit dem sozialpolitischen Teil des Notprogramms und zwar der zweiten Beratung des Entwurfs über Leistungen in der Invaliden- und Altersversicherung. Der Bürgerblock hat dieses Gesetz in der Gesamtsache abgelehnt, und seine Annahme später durch ein Verbot zu erzwingen. Mit dieser Maßnahme will man die Revision der sozialpolitischen Vorlage mit dem Mantelgesetz für am Samstag beschließen.

Haushalt des Reichspräsidenten

Ein kommunistischer Antrag, von dem Einkommen des Reichspräsidenten 180 000 M. zu streichen, wurde abgelehnt. Zweierlei ist kennzeichnend: 1. wollen die Kommunisten Herrn von Hindenburg nicht ganz ausbrennen, sondern haben nur einen Teil der Streichung seines Einkommens beantragt; 2. nahm nicht ein einziger kommunistischer Redner zum Hausalt des Reichspräsidenten das Wort. Man muß sich erinnern, welche wilden Reden die Kommunisten in jedem Jahre gehalten haben, wenn dieser Etat in der Reichspräsidenten Hand. Jetzt, da ein früherer kaiserlicher Generalfeldmarschall den Präsidentenstuhl einnimmt, hat die kommunistische Reichstagsfraktion kein Wort gegen Herrn von Hindenburg zu sagen. Im Reichstag fiel diese Schwäche allgemein auf. Man glaubt, die kommunistische Fraktion gehe dahin, sich bei Herrn von Hindenburg als liebe Kinder zu erweisen, weil die Kommunisten auf eine solche politische Initiative hinwirken. Nachdem sie schon im Reichsausschuss ein Amnestiegesetz zwischen Wälfischen, Deutschen und Kommunisten gefordert haben, ist es politisch nur logisch, daß sie auch im Hinblick des Hauses dem deutschen Reichspräsidenten ihre Referenzen erweisen.

Schließlich

Schließlich wurde zum Hausalt des Reichswirtschaftsministeriums ein Antrag angenommen, 1,2 Millionen Mark in den Etat zur Förderung des Aufstellungswesens einzufügen, und zwar sollen von dieser Summe 800 000 M. für die Weisung des Reichspräsidenten sein. Das Haus vertrat sich dann auf Montag.

Lujo Brentanos Bekenntnis zur Republik

Was machte ihn zum Republikaner

Die Münchener Ortsgruppe der Vereinigung „Republikanische Presse“ hielt eine Versammlung ab. Der Vorsitzende des Zentralvorstandes, Ministerialdirektor a. D. Spieder, sprach über das Thema „Unter gemeinamer Weg“. Unter den Gästen des Abends befand sich auch der 83jährige Geheimrat Lujo Brentano. Er erklärte dabei: Ich bin nicht von Sans aus Republikaner. Was mich dazu gemacht hat, ist die Überzeugung, daß Deutschland in seiner heutigen Lage nur in der republikanischen Staatsform wieder aufstehen kann. Unsere Gegner im Ausland, das habe ich bei häufigen Besuchen gesehen, sehen die härteste Hoffnung darauf, daß es infolge des Treibens der monarchistischen Parteien zu inneren Zwistigkeiten in Deutschland kommen würde. Brentano wies dann auf das englische Vorbild einer Selbstregierung in Lokalverwaltung und Provinzialverwaltung. Die selbstverantwortliche Demokratie müßte in der Gemeinde beginnen. Das Parlament steht nur das Türpfelchen auf das i.

Stahlhelm gegen Ludendorff

Die Freimaurer dürfen bleiben

Die Angriffe Ludendorffs auf die Freimaurer haben beim Stahlhelm keinen Eindruck gemacht. Der Stahlhelm in Magdeburg hat nämlich folgenden Beschluß gefaßt: Der Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, hat nach nochmaliger Überlegung keine Gründe, an der nationalen Zuverlässigkeit der im Stahlhelm befindlichen Freimaurer zu zweifeln.

Tirpitz hat genug

Der deutschnationale Großadmiral v. Tirpitz hat dem Grafen Westarp in einem langen Schreiben mitgeteilt, daß er nicht mehr zum Reichstag kandidieren werde. (An seiner Stelle so v. Lettow-Borbeck in der Reichstags.) Die deutschnationale Partei gefaßt ihm nicht mehr, die sozialdemokratischen Minister in Preußen gefallen ihm noch weniger. Er lebt ganz in der Vergangenheit und gehört nicht in den Reichstag von 1928. Gut, daß er es einzieht.

Ungedeckte Bürgerblockausgaben

Der Reichstag hat am Samstag den Ergänzungsetz der Bürgerblockausgaben zum Haushaltsplan für 1928 angenommen. Der Berichterstatter, Ministerialdirektor Dr. B. e. s. t., betonte, daß der Ergänzungsetz im kommenden Jahr um mehrere 100 Millionen Mark Ausgaben belastet werde, für die noch keine Deckung vorhanden sei und es würde eine der schwersten Sorgen des nächsten Reichstages sein, die höheren Einnahmen zu finden, um das Defizit zu decken.

Das Amnestiegesetz gescheitert

Im Rechtsausschuss des Reichstages wurde am Samstag bei der Gesamtbesprechung der § 1 des Amnestiegesetzes gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt. Damit ist bis auf weiteres das ganze Gesetz stillschweigend abgelehnt. Der Ausschuss kam schließlich überein, in einer zweiten Beratung nochmals den Versuch zu machen, ein Amnestiegesetz aufzulegen zu bringen. Hoffentlich haben die Kommunisten aus dem Verlauf der bisherigen Beratungen gelernt, daß sie ein Amnestiegesetz nicht mit den Sozialdemokraten, sondern nur mit den Sozialdemokraten machen können. In diesem Falle würde Aussicht bestehen, ein weitgehendes Amnestiegesetz aufzulegen, durch das insbesondere die kommunistischen Arbeiter befreit würden.

Was geschieht im Reichsinnenministerium?

Das Berliner Tageblatt bringt eine Meldung über neue Veränderungen im Reichsinnenministerium. Das demokratische Organ berichtet, als neuer Kandidat tauche der frühere vormalige Reichsminister für den Reichsinnenministerialrat, der einen Ministerialratposten anstrebe. Weiter heißt es in jener Mitteilung, man erwarte diese Besetzung des Reichsinnenministeriums, die in der Hauptfrage des Reichstages vorzunehmen.

Die Germania bemerkt dazu: Diese Nachricht klingt unglücklich, daß man annehmen sollte, sie beruhe auf einem Irrtum. Sie müssen deshalb auch die Verantwortlichen für die Angaben dem Berliner Tageblatt überlassen. Sollten aber in der Tat Absichten bestehen, die den Mitteilungen des Berliner Tageblattes entsprechen, kann nicht nur der scharfe Protest dagegen erhoben, sondern es müßten auch Mittel erlangt werden, um solche Pläne zu verhindern. Man wird jedenfalls erwarten, daß die amtlichen Stellen sich äußern.

Auswärtiger Ausschuss

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages trat am Samstag um 10 Uhr zusammen. Auf der Tagesordnung stand die Beratung des Entwurfs über den Warenverkehr mit dem Ausland, ferner über die Genfer Verhandlungen, die deutsch-russischen Verhandlungen und die Auswanderungsfrage. Stresemann sprach über die Genfer Verhandlungen.

Die Waiwahlen

Keine Verzögerung

Genüber den anderslautenden Gerüchten erfahren wir, daß die Waiwahlen nach Erledigung des Notprogramms im Mai stattfinden werden. Ein späterer Termin als der Monat Mai kommt nicht in Frage.

Wieder Auslandsgeld für die Städte?

Kurzfristige Verzögerungspolitik

Die Beratungskommission für Auslandsanleihen beschäftigte sich am Freitag und Samstag mit den Anträgen der Städte München, Frankfurt a. M., Breslau und Dresden. Die Berechtigung der von den genannten Städten beantragten Auslandsanleihen wurde anerkannt. Damit ist aber die Genehmigung noch lange nicht erteilt; denn die sogenannte Schacht'sche Klausel, die bei der Reform der Verfassung in deren Statut eingefügt worden ist, steht einer weiteren Prüfung darüber vor, ob die beantragten Anleihen auch im Einklang mit der deutschen Währungsreform stehen. Die Beratungskommission wird sich in den nächsten Wochen auch noch mit Einzelanträgen kleinerer Gemeinden beschäftigen, sobald die endgültige Entscheidung über die bereits als berechtigt anerkannten Anleihegeschäfte der großen Städte frühestens Mitte April fallen kann.

Während die Beratungskommission so Verzögerungspolitik treibt und die Anleihefrage aufrecht erhält, nimmt die bedenkliche und sehr teure Aufnahme kurzfristiger Kredite durch die Kommunen usw. allem Anschein nach großen Umfang an. Aus dieser Entwicklung kann der deutschen Währungsreform große Gefahr erwachsen.

Die englische Offiziersmeuterei

London, 17. März. (Eig. Drab.) Die britische Admiralität hat die Untersuchung des Vorfalls auf dem Flaggenschiff „Royal Oak“ einem sogenannten „Allgemeinen Gerichtshof“, d. h. dem obersten britischen Kriegs-Gerichtshof unterbreitet. Von den drei in den Vorfall verwickelten Offizieren befinden sich die beiden Kapitäne zu See, Demar und Daniel bereits in London. Admiral Colard, offenbar der Hauptverantwortliche für die Vorkommnisse, ist telegraphisch von Malta nach London hernien worden.

ST. B. London, 18. März. Die Admiralität erklärte zu dem Zwischenfall auf dem Flaggenschiff „Royal Oak“, daß es sich nicht um einen Fall von Meuterei handele und daß die Offiziere sich nicht geweigert haben, unter Admiral Colard's Kommando in See zu gehen. Auch eine Kriegsgerichtsverhandlung habe noch nicht stattgefunden. (Was ging denn dann vor? D. Red.)

Enklavenaustausch zwischen Sachsen und Thüringen

Der Reichstag nahm einen Entwurf an, durch den entsprechend dem Artikel 18 der Reichsverfassung der zwischen Sachsen und Thüringen vereinbarte Austausch von Enklaven und Erclaven reichsgesetzlich sanktioniert wird. Die Berichterstatter der Ausschüsse hervorhob, wurde in den Ausschüssen das Gesetz als ein sehr erfreuliches bezeichnet. Ueber theoretische Erörterungen hinaus sei es in verhältnismäßig kurzer Zeit gelungen, praktische Konsequenzen aus den Bestrebungen zur Vereinigung der deutschen Länderkarte zu ziehen, wobei großzügig verfahren sei. Es seien keine rechtlichen Schwierigkeiten berechnungen erfolgt.

Wann folgen andere Länder diesem Beispiel?

Die Landbundeshege wird unterbunden

Der Oberstaatsanwalt des Landgerichts Schwerin hat gegen den Geschäftsführer des Kreislandbundes Schwerin, Brenner, ein Verfahren wegen Verstoßes gegen die Verordnung über Aufrechterhaltung des Steuerfreies eingeleitet. Die Staatsanwaltschaft sieht in der Entstehung des Landbundes, in der es heißt: Wir können und wollen nicht mehr Zahlungen an die öffentliche Hand leisten, sowie „Wir sind nicht gewillt, Zwangsmassnahmen weiterhin zu ertragen“, einen Verstoß gegen die oben angeführte Verordnung. Hoffentlich wird auch anderwärts gegen die plumpen Sätze entsprechend vorgegangen!

Ablehnung afghanischer Orden durch Ministerpräsident Braun

Berlin, 18. März. Die Sonnenschein-Ausgabe der Täglichen Rundschau hatte behauptet, daß der preussische Ministerpräsident Braun den afghanischen Orden angenommen habe, mit dem die Personwürde des Statues Afghanistan verbunden sei. Der Minist. Pres. Preußens teilte hierzu mit, daß diese Behauptung frei erfunden sei. Der preussische Ministerpräsident habe selbstverständlich den ihm angebotenen Orden abgelehnt.

Karlsruher Chronik

Karlsruhe, 19. März 1928.

Geschichtskalender

19. März. 1782 *B. v. Biele, Entdecker von Kometen. — 1813 ...

Interessante Ziffern aus dem Vorschlag der Stadt Karlsruhe

Der Vorschlag sieht folgendes vor: Ertrag und Kosten ...

Andreas Kalnbach †

Kurz vor Redaktionsschluss erhielten wir die Nachricht, das un-

Rat der Stadtratsfigung

Von der Straßenbahn. Die Bestimmungen über den Bezug ...

Reichsversicherungsordnung. Der Stadtrat beschließt, die ...

Dienstauszeichnungen. Den Kaiserlich-königlichen ...

Der Lebensbedürfnisverein Karlsruhe im Jahre 1927

Ein eindrucksvolles Bild der genossenschaftlichen Entwicklung ...

Umsatz auf 7 011 944 Mark.

Das ein Mehr von 832 269 gegenüber dem Jahre 1926 bedeutet ...

summe hat sich mit dem Zuwachs an Mitgliedern auch vermehrt ...

Aber nicht nur die Zunahme des Umsatzes der Mitglieder, der ...

Der technische Ausbau der Betriebszentrale hat ebenfalls ...

Das technische Ergebnis des Berichtsjahres ist ein ...

Lehrlinge und Jugendliche

Seitens abend 8 Uhr findet wiederum ein Bildungsvortrag ...

Privatnarrageellschaft. Auf Antrag der Stadt. Sozialistische ...

(.) Dienstjubiläum. Bei der Firma Karlsruher Parfümerie- ...

Veranstaltungen

Francis Mores, der phänomenale Regier-Bariton, gibt ...

Aus den Vororten

Kintheim

„Das rote Wien“, so lautete das Thema, über das unser ...

Beiratsgeneralversammlung der Sozialdemokratischen Partei ...

folgende Genossen zum Bezirksvorstand gewählt: 1. Vorsitzender ...

Rüppurr Parteiverammlung. Kommen Donnerstag findet abends ...

Karlsruher Polizeibericht

Körperverletzung. Nach vorausgegangenem Wortwechsel wurde ...

Unfälle. Ein fünf Jahre alter Knabe fiel am letzten Freitag ...

Verkehrsunfälle. Auf der Karlsruher Landstraße zwischen ...

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Während der hohe Druck im Osten verharrt, rücken die atlantischen ...

Wasserstand des Rheins

Schulterinsel 78, seht. 1; Rehl 195, seht. 7; Maxau 373, seht. 2;

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Bezirk Mühlburg. Am Mittwoch, 21. März, abends 8 Uhr, ...

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Heute Montag, 19. März, abends 8 Uhr Gartenlaal Friedrichs-

Aus der Stadt Durlach

Schweinmarkt am 17. März 1928. Der Markt war befahren ...

Veranstaltungen des heutigen Tages

Bad. Landestheater: Zwickelabend. Von 20 bis 21 1/2 Uhr. ...

Vereinsanzeiger

Karlsruhe Ortsauschuss Karlsruhe des ADGB. Rechte und Pflichten der ...

U. D. G. B. Ortsauschuss Karlsruhe. Der von der Reichsar-

